



Nummer 17 | Dezember 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

die Tage vor Weihnachten sind auch immer die Zeit der Vorfreude. Man freut sich auf besinnliche Stunden und Zeit für die Familie. Eine gewisse Vorfreude empfinde ich auch bezüglich der nun endlich im Bundestag beschlossenen Freigabe der Finanzmittel für die digitale Ausstattung unserer Schulen. Damit die 5 Mrd. auch dort ankommen, verpflichtet der Bund die Länder, die zu 100 % für Schulen zu-



Bild: pixabay

ständig sind, 50% der Kosten beizusteuern. Und schon ist die Harmonie vorbei! Da das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wird auch in Niedersachsen

gezockt und die Absprachen, auf Kosten der Schüler und Lehrer, in Frage gestellt. Unverantwortlich! Ich hoffe auf eine friedliche Einigung, und die Einsicht, das Geld des Bundes als „Geschenk“ anzunehmen.

Mit adventlichen Grüßen

Thore

Astrid Grotelueschen

Bund macht Weg frei für Digitalisierung von Schulen

Mit einer Änderung des Grundgesetzes haben wir jetzt den Weg für den „Digitalpakt Schule“ geebnet, der ab 2019 Finanzhilfen für die digitale Ausstattung von Schulen ermöglicht.

Durch die Änderung können wir von Bundeseite als Anschubfinanzierung in den kommenden fünf Jahren bis zu 5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Diese Investitionen sind wichtig, das habe ich von meinen zahlreichen Besuchen in allen Schultypen - in den letzten Monaten - in meinem Wahlkreis mitgenommen. Einige Einrichtungen sind bereits mit viel Eigeninitiative und mit Unterstützung der Kommunen auf einem sehr guten Weg, andere stehen noch am Anfang.



Praxisbeispiel: Besuch des Staatssekretärs Muhle in der Waldschule Hatten

Entscheidend ist, dass das Geld des Bundes bei den Schulen ankommt. Hier ist das Land Niedersachsen in Verantwortung, Zudem gilt es einen flexiblen Rahmen für die Programme zu stecken, damit die Verwendung vor Ort, da möglich wird, wo sie am nötigsten ist. Grundsätzlich gilt:

Die Fördergelder des Bundes sollen vor allem der Ausstattung dienen, so z.B. für die Beschaffung von Tablets für die Schüler oder

Smart Boards. Mit dieser technischen Unterstützung ist eine individuellere Förderung zum Beispiel im Sprach- oder Matheunterricht möglich. Aber auch die Bereitstellung von WLAN-Zugängen oder Fortbildungen für Lehrkräfte sind denkbar. Die genauen Einzelheiten der Digitalisierungsvorhaben werden jetzt zwischen Bund und Ländern festgelegt. Als letzte Hürde muss der Bundesrat Mitte Dezember seine Zustimmung zum Digitalpakt geben und ich hoffe, das dies auch geschieht. Für eine Änderung des Grundgesetzes war eine 2/3 Mehrheit im Bundestag notwendig. Diese wurde nach langen Verhandlungen zwischen den Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD sowie den Oppositionsfractionen FDP und Grünen ermöglicht.

Starke Frauen für eine starke Region

Zum Festakt der Gruppe der Frauen in der CDU/CSU-Fraktion aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums der Einführung des Frauenwahlrechts durfte ich mich in Berlin über starken Besuch freuen.

Acht Vertreterinnen aus den Landkreisen Wesermarsch und Oldenburg sowie aus Delmenhorst - aus



Eine Politikerin mit Vorbildcharakter: Frau Prof. Dr. Süßmuth gab uns wichtige Tipps

der Wirtschaft, aus Stiftungen und Verbänden—waren meiner Einladung nach Berlin gefolgt und diskutierten mit mir nicht nur über die Nachfolge von Angela Merkel sondern auch über die große Frage, wie wir Frauen aus eigener Kraft Positionen in unserer Gesellschaft erreichen können und, welchen Beitrag wir als taffe Frauen hierzu in unserer Region leisten können.

Orientierung bei Organspende

Vor rund 47 Jahren wurde in Hamburg bundesweit erstmalig ein Organspendeausweis ausgegeben. Seither sind immer mehr Menschen grundsätzlich bereit, ihre Organe nach ihrem Tod zu spenden, um anderen Menschen das Leben zu retten. Trotzdem ging die Zahl der in Deutschland postmortal gespendeten Organe in den vergangenen Jahren um über ein Viertel zurück. Lag die Zahl 2012 noch bei 3.511 Spenden, sank sie bis 2017 auf nur noch 2.594. Dem gegenüber stehen allein in Deutschland über 10.000 Menschen, die auf ein Spenderorgan warten. Trotz grundsätzlich hoher Spendenbereitschaft in der Bevölkerung konnten 2017 in weniger als 800 Fällen gespendete Organe transplantiert werden.

Im Sommer hatte der zuständige Bundesgesundheitsminister, Jens Spahn, daher einen Vorstoß zur Neuregelung der Organspende gemacht. Er schlug eine sogenannte „Widerspruchslösung“ vor, d.h. jeder Bürger würde grundsätzlich zum Spender, es sei denn, man widerspricht diesem ausdrücklich.

Um mittelfristig zu einer tragfähigen Lösung zu kommen, führten wir jetzt im Bundestag zunächst eine Orientierungsdebatte zur Organspende. In drei Stunden

konnten Abgeordnete aller Fraktionen einzig entlang der sie leitenden ethischen Prinzipien für ihre Überzeugung streiten, jenseits aller Parteipolitik.

Auf der einen Seite standen dabei diejenigen, die an der bestehenden Zustimmungslösung festhalten wollen. Sie regelt aktuell, dass potenzielle Spender einer Organentnahme nach dem Hirntod ausdrücklich zustimmen müssen. Die Krankenkassen fragen dazu derzeit alle zwei Jahre die Spendenbereitschaft ihrer Mitglieder ab.

Auf der anderen Seite standen die Unterstützer der anfangs beschriebenen doppelten Widerspruchslösung. Ein Gesetzentwurf, der die Rahmenbedingungen für Transplantationen verbessert, liegt bereits vor. Eine Schlüsselrolle zur Erhöhung der Organspenden in Deutschland spielen die Krankenhäuser, in denen Organe entnommen werden. Gut funktionierende Abläufe bei der Erkennung möglicher Organspender, mehr Zeit zur Beratung und Begleitung sowie eine gute Finanzierung können zusätzlich dazu beitragen, mehr Menschenleben zu retten und genau dieses Ziel gilt es zu erreichen. Ich halte Sie über die weitere Debatte auf dem Laufenden.

Daten und Fakten

Noch immer sind Frauen in Politik und Wirtschaft weit unterrepräsentiert. Im 19. Deutschen Bundestag sind lediglich rund 31 % und damit 219 der 709 Abgeordneten weiblich. Der Anteil der Frauen im Parlament sank damit um rund 5,5 %. In der CDU/CSU-Fraktion sind es mit 49 von 246 Abgeordneten 26 Prozent. Zum Vergleich: Um den Anteil der Frauen an der Bevölkerung abzubilden, müssten 140 Frauen mehr im Parlament sitzen.

Doch nicht nur im Deutschen Bundestag liegen die Zahlen so. Schon bei der Mitgliedschaft in politischen Parteien liegen Frauen hinten: So sind nur 26,2% der Mitglieder der CDU weiblich, bei der CSU sind es 20,%. Noch hinter der CDU liegen AfD und FDP mit 17 bzw. 21,9 % weiblicher Mitgliedschaft. Sozialdemokraten, Linke und Grüne liegen zwischen 32 und knapp 40 %.

Eine Ausnahme bildet die Bundesregierung. Für diese hatte die Kanzlerin - zumindest für den CDU-Teil - eine paritätische Besetzung mit Frauen und Männern angekündigt. Lediglich durch die rein männliche Besetzung der Leitungsposten in den CSU-geführten Ministerien wurde dieses Ziel nicht erreicht. Im Ergebnis sitzen 7 Frauen und 9 Männer am Kabinetttisch.

DSL –Digitale Selbsthilfe auf dem Land

Mit steigenden Fallzahlen und den Auswirkungen des demografischen Wandels wird Demenz gerade in unseren ländlichen Regionen mehr und mehr zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass das vom BMEL mit 158.500 Euro geförderte Projekt „DSL-Digitale Selbsthilfe auf dem Land“ der Ländlichen Erwachsenenbildung (LEB) jetzt offiziell an den Start gegangen ist.

Schon als mich die Regionalleiterin der LEB, Karin Pieper das erste Mal auf das Konzept ansprach, wusste ich: das müssen wir für unsere ländlichen Räume auf die Beine stellen!

Aus eigener familiärer Erfahrung weiß ich, vor welchen Hürden alle Betroffenen, und das sind nicht nur die Demenzerkrankten, sondern auch die Angehörigen, die sich kümmern, stehen. Daher habe ich gern unterstützt und den Prozess z.B. mit zahlreichen Gesprächen oder einem Letter of Intent begleitet.

Mit einer engmaschigen Verknüpfung von professionellen Helfern, Kompetenzstärkung der Angehörigen und des Umfelds und allen Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, wird das Projekt in beispielhafter Weise Zukunft schaffen. Dazu gehören z.B. Apps, die die

kurzfristige Suche nach einer Pflegekraft erleichtern, aber etwa auch robotische Unterstützung. Hier gilt es Technik als Hilfsmittel zur Unterstützung menschlicher Zuwendung und nicht als Ersatz für diese zu begreifen.

Mit DSL erreichen wir eine neue Qualität für das große gemeinsame Ziel: den Betroffenen die Chance geben, so lang wie möglich so selbstständig wie möglich gut im eigenen Zuhause zu leben. Als Schirmherrin bin ich sehr gespannt auf die Umsetzung der guten Ideen in den nächsten zwei Jahren und werde tatkräftig unterstützen, wo es geht.

Jetzt Chance für „kulturweit“ nutzen

Einen Beitrag für Kultur, Bildung oder Natur leisten und dabei einmalige Erfahrungen im Ausland sammeln—diese Chance bietet sich jetzt allen jungen Menschen zwischen 18 und 26 Jahren in meinem Wahlkreis.

Das Freiwillige Soziale Jahr der Deutschen UNESCO-Kommission funktioniert ähnlich wie der Freiwilligendienst in Deutschland.

Dank Zuschüssen z.B. zu Reisekosten, Unterkunft oder Sprachkursen ist der Dienst auch für Teilnehmer machbar, die einen Auslandsaufenthalt finanziell nicht stemmen könnten.

Für sechs bis zwölf Monate geht es zum Beispiel nach Sri Lanka, nach

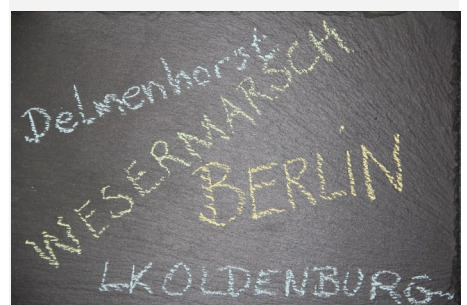
Argentinien oder in die Mongolei. Das vom Auswärtigen Amt geförderte Programm hat Bewerbungskriterien, die ein breites Bewerberfeld zulassen. Neben einem Lebensmittelpunkt in Deutschland und mindestens sehr guten Deutschkenntnissen (Level C1) gibt es nur wenige kleine Punkte.

Ich hoffe, dass viele diese hervorragende Gelegenheit nutzen und neben dem Dienst für die gute Sache ihren eigenen Horizont erweitern. Infos und das Bewerbungsformular gibt es unter <https://bewerbung.kulturweit.de/>, gern hilft mein Team Interessenten bei Fragen auch weiter.

Ich drücke allen die Daumen!

Unterwegs:

- 05.12.2018 Tag des Ehrenamts: Besuche bei Vereinen, LandFrauen und Bürgerstiftungen im Wahlkreis
- 06.12.2018: Besuch Stiftung Ovelgöner Mühle
- 06.-08.12.2018: Bundesparteitag in Hamburg mit Wahl des/der neuen Vorsitzenden



Astrid Grotelüschon MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 15
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969